

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsrede 2012

Rainer Thiel

SPD-Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,
sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung,
sehr geehrter Herr Landrat!

Meine Haushaltsrede 2012 steht erneut unter dem Motto „**Solidarität mit unseren Städten und Gemeinden**“.

Wie 2011 ist das Wesentliche gleich geblieben

- die prekäre Situation unserer Städte und Gemeinden
- die abgehobene und komfortable Situation des Kreises
- und die unglaubliche Ignoranz gegenüber der Situation vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden

Hinzugekommen ist eine Arroganz, mit der die Repräsentanten unserer Städte und Gemeinden behandelt werden.

Abgekanzelt wie kleine dumme Jungens bekommen sie als Antwort auf ihre Stellungnahme zum Kreishaushalt – Die Umlagegrundlagen sind ja schließlich gestiegen, um € 77,4 Mio., also geht es ihnen ja nicht so schlecht – „Sie haben erhebliche finanzielle Mehrbeträge zu verzeichnen.“

Die Realität vor Ort:

Jüchen plant ein Defizit von € 9,05 Mio. Die Ausgleichrücklage ist verbraucht! Nun geht es kräftig an die Substanz, seit 2010 **ein Substanzverlust von € 14,6 Mio.**

Korschenbroich hat bereits ein HSK seit 2010, die Ausgleichrücklage ist aufgebraucht, zum Haushaltsausgleich werden € 750.000,-- aus der allgemeinen Rücklage genommen !!

Substanzverlust seit 2008: € 42 Mio.

Neuss

Aktueller Haushaltsausgleich nur durch vollständigen Verbrauch der Ausgleichrücklage. **Ein Substanzverlust von € 73 Mio. seit 2008 !!**

Grevenbroich hatte 2010 € 29 Mio. Ausgleichrücklage und € 149 Mio. allgemeine Rücklage, 2012 sind es € 0 Ausgleichrücklage und nur noch € 105,8 Mio. allgemeine Rücklage !!!

Substanzverlust € 73,-- Mio !

Dormagen hatte 2008 € 21,7 Mio. Ausgleichrücklage und € 140,6 Mio. allgemeine Rücklage, 2012 sind es € 0 Ausgleichrücklage und nur noch € 130,7 Mio. allgemeine Rücklage !!!

Substanzverlust € 31,-- Mio !

Meerbusch hatte 2008 € 19,9 Mio. Ausgleichrücklage und € 260,4 Mio. allgemeine Rücklage, 2012 sind es € 0 Ausgleichrücklage und nur noch € 262 Mio. allgemeine Rücklage !!!

Substanzverlust € 18,-- Mio !

Kaarst hatte 2008 € 13,9 Mio. Ausgleichrücklage und € 136,9 Mio. allgemeine Rücklage, 2012 sind es € 0 Ausgleichrücklage und nur noch € 136,9 Mio. allgemeine Rücklage !!!

Substanzverlust € 14,-- Mio !

Rommerskirchen hatte 2008 € 2 Mio. Ausgleichrücklage und € 20,4 Mio. allgemeine Rücklage, 2012 sind es € 0 Ausgleichrücklage und nur noch € 20,4 Mio. allgemeine Rücklage !!!

Substanzverlust € 2 Mio !

Insgesamt beträgt der Substanzverlust unserer Städte und Gemeinden über € 267 Mio.

Und der Rhein-Kreis Neuss ?

Anfangsbestand Ausgleichrücklage	€ 35,9 Mio.
Allgemeine Rücklage	€ 71,9 Mio.
	<hr/>
	€ 107,8 Mio.

2012

Summe aus der allgemeinen Rücklage und Ausgleichrücklage	€ 123,9 Mio.
(S. 38 Haushalt) ./.	€ 107,8 Mio.

Substanzaufbau € 16,1 Mio.

und gleichzeitig erfolgte ein erheblicher Schuldenabbau !

Angesichts dieser Fakten ist die Antwort der Kreisverwaltung an die Bürgermeister im Kreisgebiet ein Dokument bürokratischer Rechtshaberei und feinsinniger Verdrehungen. Von Kreisgemeinschaft keine Spur.

Eine feinsinnige Verdrehung: „ Die Verbesserungen im Haushalt 2010 von € 8,6 Mio. wären bei der Verbesserung bei Planung und Aufstellung im Haushalt 2010 des Kreises nicht absehbar.“ Das ist falsch.

Es war die SPD, die beantragt hat, die Erstattungen des Landes in dieser Höhe an die Städte und Gemeinden weiterzugeben, also bei der Aufstellung des Haushalts 2010 zu berücksichtigen.

Die Verwaltung wollte das nicht und gemeinschaftlich CDU und FDP wollten das nicht. Wider besseren Wissens um die Finanznot der Städte und Gemeinden – Trickser und Täuscher sind Sie!

Die Wahrheit: Ja, es ist zutreffend, der Kreis hat seine Kommunen in der Vergangenheit unnötigerweise belastet.

Und nun erneut Nebelkerzen und falsche Behauptungen:

Feinsinnig wird argumentiert, dass dem Kreis „eine weitere Entnahme aus der Ausgleichrücklage für die Haushaltsplanung 2012 verwehrt ist.“ Auch das ist falsch.

Schon jetzt kann der Kreis seine Ausgleichrücklage nutzen, den Anstieg der Kreisumlage abzumildern. Diese soll in absoluten Zahlen immerhin um € 28 Mio. steigen.

Es entspricht vollkommen dem Rücksichtnahmegebot, wenn der Rhein-Kreis Neuss in diesem Jahr € 12,5 Mio. aus der Ausgleichrücklage zum Haushaltsausgleich verwendet.

Das Vermögen des Kreises ist dann immer noch „gesund“.

Den Städten und Gemeinden wäre in einer prekären Situation geholfen. Noch 2011 hatte der Kreis dies auch selbst so geplant.

Die Kreise Rhein-Sieg, Gütersloh, Kleve, Borken und Rhein-Erft tun das auch in ihren Haushalten 2012.

Mittlerweile hat sich das Verhalten von Kreisen wie dem Rhein-Kreis Neuss im Land herumgesprochen.

Das Land hat daher ein Gesetz über die Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen“ eingebracht.

Mit den Fraktionen, SPD, Grüne und ! FDP.

Damit wird geregelt, dass die Ausgleichrücklage durch eine Sonderumlage wieder aufgefüllt werden kann.

Damit ist aber auch klar, dass diese Rücklage zum Ausgleich auch in Anspruch genommen werden kann.

Z.B. um zu vermeiden „dass kommunale Einrichtungen vor Ort radikal beschnitten und/oder geschlossen werden und damit die sozialen und kulturellen Strukturen der betroffenen Städte zerstört werden, während Kreise nicht in die Konsolidierung eingebunden werden“, so wieder SPD, Grüne und FPD in einer begleitenden Entschließung zum Umlagegenehmigungsgesetz.

Die Kommunen müssen ihre Bürgerinnen und Bürger in einem nie gekannten Ausmaß belasten, damit die Strukturen der Kreise/Umlageverbände weiterfinanziert werden können. So muss Jüchen z.B. die Gewerbesteuer erhöhen und hat nun erhebliche Probleme bei der Verwertung ihrer Gewerbegebiete.

Und so soll nach dem Willen des Landtages zukünftig

- bei der Haushaltsgenehmigung der Kreise die Situation der umlagepflichtigen Städte und Gemeinden besondere Aufmerksamkeit finden
- die Konsolidierungszwänge der Städte und Gemeinden in Erfüllung des Rücksichtnahmegebot sich auch auf die Kreise/Umlageverbände auswirken
- und bei der Genehmigung der Kreishaushalte die Anregungen der umlageverpflichteten Städte und Gemeinden durch die Bezirksregierung in die Genehmigungsentscheidung mit einfließen.

Die Rahmenbedingungen sind also da und werden gerade im Landtag für 2012 präzisiert.

Ein Kreishaushalt, der im Rahmen der Rücksichtnahme auf die Not seiner Städten und Gemeinden eingeht und die Ausgleichsrücklage einbezieht, ist also auch rechtlich auf der sicheren Seite.

Alles andere ist rücksichtslose Ignoranz!

Dem Kreis, genauer der Spitze der Kreisverwaltung und der wie ein Appendix angehängten CDU/FDP fehlt der politische Wille, dies zu tun.

Die FDP hätte hier und heute im Kreistag Gelegenheit, das zu ändern und das zu tun, was ihre Landtagsfraktion klar und eindeutig politisch will und unterstützt. Aber so wird es wohl nicht kommen. Im Lande tun sie so, als hätten sie ein Herz für Kommunen, im Kreis tun sie das Gegenteil. Ob das die Wähler überzeugen wird ?

Die CDU muss sich ernsthaft überlegen, wie sie im nächsten Kreistag ohne willfähige FDP klarkommen soll. Sie hätte heute Gelegenheit, ein Solidaritätszeichen an die Kommunen zu senden. Wofür brauchen wir sonst eine CDU im Kreis, wenn die das Gegenteil macht, was die CDU-geführten Städte und Gemeinden erwarten.

Rücksichtnahme auf die Menschen vor Ort !

Der Kreis selbst spart nicht. Aufgabenkritik wird als unrealistisch zurückgewiesen. So Dr. Ammermann zu den alten Haushaltsbegleitbeschlüssen, die mal eben sang- und klanglos beerdigt wurden. Das findet sich nicht immer im Protokoll wieder.

Der Kreis leistet sich Standards und Einrichtungen, die für Städte und Gemeinden reines Wunschdenken wären.

Glänzende Öffentlichkeitsarbeit

Immer mehr Personalstellen, immer mehr glänzendes Papier für immer mehr Geld.

Glamouröse Wirtschaftsförderung

Golfen mit Veronica Ferres, Unternehmerreisen nach China, Indien, USA, Südafrika, Russland und und und, Teilnahme als Kreis, als einziger weltweit, am Weltklimagipfel in Oslo. Und jetzt natürlich als Kreisaufgabe, ein Empfang bei der Olympiade in London. Der Kreis als Globalplayer in Augenhöhe mit den Staaten der Welt.

Generöse Sportförderung

Stiftung Sport, Kreissportbüro, Kreissportbund. Ausstattung: wachsende Tendenz ungebrochen. Doppelstrukturen ? Kein Problem.

Mal schnell ne Ringerhalle und eine Sportinternatserweiterung mit Kostenüberschreitung von über € 700.000,--.

Der Profi-Handball im Rhein-Kreis Neuss geht derweil den Bach runter, das Andienen eines anderen kränkenden Handballvereins aus Düsseldorf hat nicht geholfen. Es war von vorneherein auch noch fraglich, ob die Zuschauer und Fans das mitgemacht hätten. Wie wird sich das auf die Sportinternatserweiterung auswirken ?

So bleibt uns hoffentlich das Abenteuer einer „Rhein-Kreis-Neuss-Arena“ erspart. Und am Horizont droht weiteres Ungemach: Die Finanzierung der Olympischen Stützpunkte wird nach Olympiade in London zurückgefahren.

Welche Ziele hat der Kreis bei der Sportförderung ?

Grandiose Verwaltungsspitze

Trotz klarer Hinweise der Gemeindeprüfungsanstalt und ursprünglich auch von PWC wurde die Verwaltungsspitze nicht verkleinert sondern aufgebläht.

Da summieren sich erhebliche Kosten.

In der Linie, z.B. im Straßenverkehrsamt, da ist es eher knapp. Da herrscht Stress und Druck.

Es bleibt dabei: Die Verwaltung im Rhein-Kreis Neuss ist in ihrer Spitze zu breit aufgestellt. Zu viele Häuptlinge – zu wenig Indianer!

Aber der Kreis spart auch, bei denen, die es sowieso schwer haben, bei den Wohngeldempfängern. Der grundsicherungsrelevante Mietspiegel führt zu sozialen Schieflagen in den Städten und Gemeinden. Der Neusser Bürgermeister schlägt ebenso Alarm wie die AG der im Rhein-Kreis Neuss tätigen Wohnungsunternehmen. „Auf die Neuvermietung wirkt sich der grundsicherungsrelevante Mietspiegel aufgrund des niedrigen Mietzinses dramatisch aus. Mehr als 1000 Interessenten, die auf Transferleistungen angewiesen sind, konnte keine Wohnung angeboten werden.“ Auch hier wieder nur uneinsichtige Rechthaberei. Ohne Herz und Verstand für die Folgen.

„Ihr Erklärungsansatz ist nicht folgerichtig....“ werden die Wohnungsunternehmen belehrt, und darauf hingewiesen, dass es auch billigere Wohnungen als Sozialwohnungen gibt.

Ja, die gibt es, und diese Wohnungen sind bekannt, Schlichtwohnungen in bestimmten Stadtteilen im Kreisgebiet.

Das ist es, was der Kreis den Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit als Perspektiven gibt.

Der Kreis möchte auch, das andere sparen, z.B. durch **„Interkommunale Zusammenarbeit“**.

Wenn der Kreis es macht, wird es billiger, so lautet die Botschaft. Wieso eigentlich, und ist das das einzige Kriterium. Wenn unter dem Druck der schlechten Haushaltslage Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung an den umlagefinanzierten Kreis abgegeben werden, dann schwächt das unsere Städte und Gemeinden.

So will der Kreis den Grevenbroichern nur eine Sparversion eines dringend benötigten neuen Freibades genehmigen. Dass der Kreis begehrt auf das Ausländeramt der Stadt Grevenbroich blickt, ist dabei sicher nur Zufall.

Dass der Kreis als Kommunalaufsicht die Städte unter Spardruck setzt, kann man sogar in der Zeitung lesen. Und dann spekuliert der Landrat darauf, dass es in wenigen Jahren nur noch 2 Jugendämter im Kreis gibt.

Auch darum gibt es kein Interesse, den Druck von unseren Städte und Gemeinden zu nehmen, auch darum bleibt es bei rücksichtsloser Kreisumlagenpolitik !

Am Ende steht der Kreis gemäß dem alten Motto von OKD Salomon wie eine Großstadt da, allerdings mit unselbständigen Gemeinden. Da träumt mancher von Kreisfreiheit, während der Trend ganz anders ist.

Was macht der Kreis mit seiner Größe. Ist er Motor der Region. Welche Ideen für die Zukunft bringt er in die **regionale Zusammenarbeit** ?

Eine Anfrage der SPD über ein Bilanz der Projekte und Tätigkeiten in den zahlreichen regionalen Gremien, in denen der Kreis ist, mochte der Kreis nicht beantworten. Es fehle eine Übersicht über die konkreten Projekte, Kooperativen, Aktivitäten, Themen, Finanzen und Kosten.

Beim Thema RB 38 sitzt der Kreis im Bremserhäuschen. „Landrat lehnt S-Bahn ab“ titelt die NGZ. Damit blockiert der Kreis massiv die Stadtentwicklung von Grevenbroich und den Interessen der Region. So kritisiert der BM von Bergheim Helmut Paul im Kölner Stadtanzeiger, „dass es wohl eine Erft-S-Bahn bis Bedburg gebe, aber in Richtung Grevenbroich werde sie über Grevenbroich und Neuss weiterhin nur als unausgebaute RB 38 geführt. „Das ist wohl auf die bisherige Komplettverweigerung des Rhein-Kreises Neuss und des VRR zurückzuführen.“

Gleichzeitig befürwortet der Kreis aber den Ausbau der Regio-Bahn Kaarst-Mettmann bis Viersen.

Damit würde Viersen eine S-Bahn-Anbindung nach Düsseldorf bekommen, die kreisangehörige Stadt Grevenbroich aber nicht!

Dieses Projekt gibt der Kreis in die AG Kreis Mettmann, Düsseldorf – Rhein-Kreis Neuss, das Thema RB 38 aber nicht.

Nicht nur beim Schwimmbad, auch bei diesem wichtigen Zukunftsthema zeigt der Landrat der Stadt Grevenbroich die kalte Schulter.

Meine Damen und Herren, dieser Kreis macht die falsche Politik.

- Seine Städte und Gemeinden schwächen
- Langzeitarbeitslose aus ihren Wohnungen drängen
- Zukunftschancen für die Region blockieren
- Kritik abbügeln und Kritiker rechthaberisch belehren

Das da noch Geld für neuen Luxus da ist, wen wundert es ?

- € 60.000,-- für eine Sozialdatenerfassung, die als „Sozioökonomisches Monitoring“ schön geredet wird. Das brauchen wir nicht !
- € 71.000,-- für zusätzliche Wohnberatung, obwohl diese Arbeit bereits gemacht wird.
- Aus KEK-Mitteln werden € 67.000,-- nicht genutzt, der lokale Energiepakt bindet € 17.-000,--, aber es geschieht nichts beim Klimaschutz
- € 400.000,-- werden für einen Büroausbau zur Durchführung des „Zensus“ ausgegeben
- In Kerpen werden € 25.000,-- für die Unterhaltung eines Zeltplatzes eingesetzt.
- Der Etat für Kulturveranstaltungen in Sinsteden wächst und liegt bei 2012 bei € 47.000,--
- Für eine „Funkwerkstatt“ sollen 4 neue Planstellen geschaffen werden, weil der Digitalfunk so kompliziert ist, dass Bedienung und Wartung schwieriger werden. Wieso 4 Stellen oder brauchen 4 Personen eine Stelle ?

Wie auch immer, es gibt ja die Kreisumlage !

Meine Damen und Herren,

die SPD beantragt, die Kreisumlage um € 12,5 Mio. zu senken und zum Haushaltsausgleich die Ausgleichrücklage in Anspruch zu nehmen.

Das hatten wir bereits im Finanzausschuss beantragt.

Wir hatten gehofft, dass es noch Bewegung geben würde, denn auch die Kreispolitiker aus CDU und FDP kennen die Not der Städte und die Bitten der Bürgermeister auf ihre Bürgerinnen und Bürger Rücksicht zu nehmen.

Leider haben wir umsonst gehofft.

Diese Haltung richtet sich gegen unsere Städte und Gemeinden, sie ignorieren deren Situation, sie verletzt das Rücksichtnahmegebot, sie verschanzt sich hinter formaler Rechthaberei. Diese Haltung ist kommunalfeindlich.

Wir lehnen diesen Haushalt ab !